

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Demokratiebewegte auf der Galerie!

Das letzte Mal, als ich hier stand, gab es einen erfreulichen Anlass, es war die Sonder-Sitzung des Gemeinderates, bei dem der Beschluss für die rechtliche und politische Absicherung der Grünland-Deklaration im Stadtrecht verankert wurde. Bei dieser Gelegenheit habe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, schon unser „Salzburger Modell für mehr BürgerInnen- Mitbestimmung“ übergeben. Beim Blick auf die Ahnengalerie Ihrer Vorgänger habe ich damals gesagt: „Bei keinem in der Reihe der ehemaligen Bürgermeister dieser Stadt kann ich mich erinnern, ob er sichtbare Fußabdrücke in der Lokalgeschichte unserer Stadt hinterlassen hätte, die auch nur annähernd an den historischen Beschluss herankommen, mit dem die letzten Reste der weltberühmten Stadtlandschaften nun dauerhaft geschützt werden“.

Heute wurde ich dazu bestimmt, eine Stellungnahme zum „Versenken“ des so mühsam erarbeiteten 3-Stufen-Modells für verbindliche BürgerInnen-Mitbestimmung abzugeben. Ich werde ganz bewusst nicht darauf eingehen, wie aufreibend das Ringen um Teilhabe der Bürgerschaft bei wichtigen künftigen Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt bis zum von SPÖVP provozierten und exakt geplanten Eklat am vergangenen Montag im Stadtsenat war. Darüber konnte man in der Lokalpresse lesen.

Wir von den BI haben uns schon nach der kabarettreife Vorstellung des Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschusses am 3.12. 2014 gefragt: „Was ist der Grund für diese Kehrtwendung von Bgm Schaden?“ Die damals genannten Vorwände kamen bei logischer Betrachtung nicht in Frage – also muss es einen politischen Deal zwischen ÖVP und SPÖ geben. Weil der Begriff „Transparenz“ im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Fremdwort der Politik geworden ist, werden wir es nie erfahren und die Journalisten werden vermutlich nicht danach fragen. So ist das guter, alter Brauch in Salzburg. Stattdessen gab es in „Salzburg Heute“ eine informative Sendung mit dem hochtrabenden Titel: „Salzburg, Paradies der Bürgerinitiativen“. Ab heute muss es heißen: „Salzburg, Fegefeuer für Bürgerinitiativen.“

Bevor ich auf weitere politische Winkelzüge der neuen Rathauskoalition zu sprechen komme, schaue ich wieder auf die Ahnengalerie der bisherigen Bürgermeister. Da sehe ich Bürgermeister Dr. Schaden, mit einem großen schwarzen Schatten, als Symbol für seine unheilige Allianz mit der ÖVP, die ihm wichtiger ist als die Umsetzung des mit großer Mehrheit abgeschlossenen Vertrages zwischen Bürgerschaft und Politik, wie man das „Salzburger Modell“ auch nennen könnte.

Neben der persönlichen Enttäuschung bleibt die ganz schlimme Erinnerung an die neu gebastelte Mehrheit in diesem Gemeinderat, an Sie meine Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, die damit ein Lehrbeispiel für fehlendes Demokratieverständnis abliefern. Obwohl Sie zusammen nur noch eine Minderheit der Wahlberechtigten hinter sich haben, obwohl Sie aus Umfragen genau wissen, wie groß der Wunsch der Bürgerschaft nach echter Mitwirkung an politischen Entscheidungen in unsere Stadt ist, sind Sie nicht bereit, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das Volk spürt längst den Verfall der politischen Glaubwürdigkeit - für Sie, meine Damen und Herren von SPÖVP trifft die Bezeichnung „Altparteien“ im wahrsten Sinne des Wortes zu. Der berühmte Schriftsteller Stefan Zweig hat das viel eleganter als ich umschrieben: „Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter einem Dach“. Das möchte ich besonders jenen politischen Vertretern ins Stammbuch schreiben, die sich als Bremser bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bürgerinitiativen besonders hervorgetan haben.

Zum Abschluss muss ich noch auf die bedenkliche Strategie der erklärten Gegner von mehr direkter Demokratie eingehen, die vom altherwürdigen Landeslegisten Hofrat Faber bis zu seiner Pensionierung vorgegeben wurde: Man interpretiert auf hohem juristischen Niveau die Paragraphen der Bundes- und Landesverfassung auf deren Wortlaut auch wir uns berufen haben. An jeder Uni in Österreich aber gibt es einen – wir nennen sie – selbsternannten „Säulenheiligen“ in den Reihen der Verfassungsjuristen, der sich anmaßt, den Wortlaut eines Paragraphen so zu deuten, wie ihn die Auftraggeber des Gutachtens wünschen. Zitate daraus werden dann von Politikern, Kommentatoren und Journalisten so lange wiederholt, bis alle daran glauben, obwohl es bis heute k e i n e einzige diesbezügliche Entscheidung des VfGH gibt.

Der neu bestellte Landeslegist hat mit dieser alten Tradition gebrochen und im Verfassungs- und Verwaltungs-Ausschuss klipp und klar erklärt: Das „Salzburger Modell“ entspricht sowohl dem entsprechenden Paragraphen der Bundesverfassung als auch der darauf zurück gehenden Erläuterung der Landesverfassung, sowie dem geltenden Stadtrecht. Das Agieren der heutigen Mehrheit im Salzburger Gemeinderat steht somit in klarem Widerspruch zu diesem fachlich unwidersprochenen Standpunkt.

Wir, von den enttäuschten Bürgerinitiativen, wagen auch eine Interpretation dieser Ihrer Vorgangsweise mit einem Fragezeichen am Ende: „Könnte es sein, dass ein einfaches Rechenexempel der ehemaligen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ dazu geführt hat, dass das „Salzburger Modell für mehr BürgerInnen- Mitbestimmung“ (Salzburger Modell) panikartig versenkt wurde?“ Die zu erwartende Mehrheit im Salzburger Landtag (11 plus 9 plus 3) ergibt 23 Stimmen. Jene, die nach letzten Aussagen für unser Modell stimmen könnten (7 plus 6) haben 13 Stimmen. Für die notwendige 2/3-Mehrheit nach den Pisa-Regeln braucht es aber 24 Stimmen. Man sieht also, Politiker können recht genau ihre Chancen ausrechnen, bevor sie eine demokratische Abstimmung wagen. Interessant, finden Sie nicht auch?

An jene politischen Gruppierungen, die sich heute für das mit großer Mehrheit erst vor Kurzem beschlossene „Salzburger Modell“ eingesetzt haben, appelliere ich, die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung für den von uns vorgeschlagenen Weg weiter zu treiben. Bürgerinitiativen alleine können das nur schwer schaffen. Wir haben über Jahrzehnte, im zähen Ringen mit den „politischen Eliten“, schon den Grundstock dafür gelegt, dass man von Salzburg als der Hauptstadt der BI spricht. Es wird an den demokratiepolitisch fortschrittlichen Fraktionen im Salzburger Gemeinderat, an der Bürgerliste, den Neos und der FPÖ liegen, dafür zu sorgen, dass die politischen Kräfteverhältnisse bei den Wahlen in vier Jahren soweit verschoben werden, dass es endlich zur Verankerung des „Salzburger Modells“ im Salzburger Stadtrecht kommt. Erst dann wird es zu einer neuen politischen Kultur kommen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Salzburg am 4.2.2015

Richard Hörl